

**Niederschrift  
über die Einwohnerversammlung  
zur geplanten Erweiterung der Klinik im Kurpark  
(Neubau einer Medical-Wellness-Klinik)  
am Donnerstag, 12.05.2016, 19:00 Uhr,  
in der Grundschule Bad Rothenfelde, Frankfurter Straße 48 - 50,  
49214 Bad Rothenfelde**

**Anwesende:**

Jens Hasselmann (Geschäftsführer Klinik im Kurpark GmbH)  
Ulrich Kruthaup (Geschäftsführer Klinik im Kurpark GmbH)  
Thorsten Krogmann (Ingenieurbüro für Architektur Krogmann & Többen, Münster)  
Tanja Schrooten (Büro für Stadtplanung und Kommunalberatung Tischmann  
Schrooten, Rheda-Wiedenbrück)  
Klaus Rehkämper (Bürgermeister)  
Iris Seydel (Allgemeine Vertreterin des Bürgermeisters)  
ca. 170 Zuhörerinnen und Zuhörer

**Bürgermeister Rehkämper** eröffnet um 19:05 Uhr die Einwohnerversammlung und bedankt sich für das rege Interesse.

Sodann stellt **Herr Kruthaup** die Klinikgruppe „Hasselmann“ vor. Die bestehende Klinik im Kurpark verfügt über 215 Betten und Reha-Angebote der Fachrichtungen „Orthopädie, Kardiologie und Pneumologie“. Z. Zt. sind aufgrund fehlender Kapazitäten wöchentlich 40 - 70 Anfragen nach Reha-Plätzen abzulehnen. Verschiedene Krankenkassen, die mit der Klinik im Kurpark zusammenarbeiten, haben sich nach Erweiterungspotenzialen erkundigt. Da die Krankenkassen im Allgemeinen an einer Konzentration von Klinikbetten interessiert sind, droht nach Einschätzung von **Herrn Kruthaup** der Verlust von Verträgen, sofern ein anderer Standort mit für die Krankenkasse besseren Konditionen gefunden werden kann.

**Herr Kruthaup** führt aus, dass die Klinik im Kurpark in erster Linie Verträge mit den Krankenkassen und nicht mit der Deutschen Rentenversicherung geschlossen hat. Die Klinikpatienten seien demzufolge eher im Rentenalter. Aufgrund der prognostizierten demographischen Entwicklung sei damit zu rechnen, dass dieses Patientenpotenzial auch in der Zukunft erhalten bleibe.

Die Anbindung der Klinik im Kurpark an das Kurmittelhaus sei z. T. veraltet, so **Herr Kruthaup**. In einigen Jahren sei zu erwarten, dass die Ansprüche der Patienten nicht mehr erfüllt werden können. Insbesondere sei der Eingangsbereich (Rezeption) der Klinik veraltet. Zusammenfassend stellt er fest, dass eine Standortsicherung für die Klinik im Kurpark auf Dauer existenziell erforderlich sein wird.

**Architekt Krogmann** stellt zunächst die Standortalternativen vor, die im Zusammenhang mit der geplanten Klinikerweiterung geprüft worden sind. Zunächst sei ein Anbau in dem bestehenden Innenhof des Kurmittelhauses erwogen worden. Das Kurmittelhaus steht unter Denkmalschutz, so dass die Untere Denkmalschutzbehörde (Landkreis Osnabrück) sowie die Obere Denkmalschutzbehörde (Nds. Landesamt für

Denkmalpflege, Oldenburg) involviert worden seien. Von beiden Stellen wird die Südfassade des Kurmittelhauses als schützenswert angesehen, so dass einer Bebauung des Innenhofes nicht zugestimmt worden ist. Die Vertreterin des Nds. Landesamtes für Denkmalpflege hat als Standortalternative vorgeschlagen, die Klinikenerweiterung auf dem Vorplatz der Therme (gegenüber Café Strathmann) vorzunehmen. Diese Variante sei allerdings städtebaulich nicht wünschenswert, da dann die Sicht auf die carpesol SpaTherme verbaut würde. Auch der sehr ansprechende Vorplatz würde entfallen. Ein weiterer Standortvorschlag des Nds. Landesamtes für Denkmalpflege befindet sich nördlich des Freibades und südlich der bestehenden Klinik am Kurpark. Aufgrund der Freibadböschung und des dann entfallenden alten Baumbestandes des Freibades sei auch dieser Standort nicht favorisiert worden. Seitens des Nds. Landesamtes für Denkmalpflege wurde außerdem ein Standortvorschlag östlich des Ostflügels (ehem. Kinderbad) unterbreitet. Dieser wurde nicht weiter aufgegriffen, da im Falle einer Realisierung eine Verswenkung der Hannoverschen Straße erforderlich gewesen wäre. Letztlich wurde seitens der Oberen sowie der Unteren Denkmalschutzbehörde vorgeschlagen, im Bereich des Westflügels (Bewegungsbad, Gruppenraum) die Erweiterung der Klinik vorzunehmen. Die Räumlichkeiten seien in den 70-er Jahren entstanden und seien daher nicht denkmalgeschützt. Denkmalschutzrechtlich könne demzufolge grundsätzlich dem Abbruch dieses Flügels mit einem vorgelagerten Anbau zugestimmt werden.

**Herr Krogmann** führt weiter aus, dass im Falle des Abbruchs die durch die Kurverwaltung erst vor einigen Jahren sanierte Technik des Bewegungsbades erhalten bleiben soll. Neue Therapieräume sind in unterirdischer Bauweise mit Lichtkuppeln in Innenhof des Kurmittelhauses geplant. Denkmalschutzrechtlich könnte dieser Variante zugestimmt werden, da der Blick auf die Südfassade des Kurmittelhauses erhalten bleibt.

Der Haupteingang der Klinik im Kurpark soll an die Frankfurter Straße verlegt werden, was zu einer Belebung des Straßenzuges führen soll, so **Herr Krogmann**. Seitens der Gemeinde und Klinik im Kurpark wurde erwogen, das alte Sparkassengebäude abzureißen und hierfür einen neuen Baukörper im Bereich des bestehenden Sparkassenparkplatzes vorzusehen. Dieser sollte eine wesentlich geringere Grundfläche haben und in dreigeschossiger Bauweise errichtet werden. Erste Gespräche mit dem Vorstand der Sparkasse seien diesbezüglich geführt worden. Durch den Abbruch der bestehenden Sparkasse könne der Kurpark in Richtung Frankfurter Straße aufgeweitet werden. Ab Höhe der Eisdielen bleibe die Sicht auf die carpesol SpaTherme und den Vorplatz erhalten. Der Vorplatz könne zudem durch Außensitzplätze der Klinikgastronomie belebt werden. Seitens der Klinik im Kurpark sei vorgesehen, den Stellplatzbedarf für die selbst anreisenden Patienten und Besucher auf einem Parkdeck vorzuhalten, das auf Kosten der Klinik auf dem Freibadparkplatz errichtet werden könnte.

Für **Frau Schrooten (Stadtplanerin)** stellt sich zunächst die Grundsatzfrage, ob der bestehende Freiraum zwischen dem Kurmittelhaus und der neu gestalteten Frankfurter Straße bebaut werden soll. Die Bebauung westlich der Frankfurter Straße sei eher heterogen und beinhaltet einige, teilweise historische Gebäude. Geplant sei nun auf der Ostseite eine neue, durchgängige Struktur. Positiv bewertet sie dabei die Trennung in zwei separate Gebäude (Sparkasse und Klinikenerweiterung). Durch die entstehende Fuge könne eine gewisse Kleinteiligkeit erreicht werden. Die Höhe der Fassade sowie der rückspringende Dachraum sei aus der Umgebung aufgenommen

worden und bestehe in ähnlicher Weise auch im Kurmittelhaus. Der Parkzugang nördlich der Sparkasse werde großzügiger; allerdings falle dafür im Bereich der Klinikerweiterung Parkfläche weg. Durch die Abschrägung der Fassade (zwischen geplanter Klinikerweiterung und geplanter Sparkasse) entstehe eine neue Führung des Fußgängerverkehrs von der Frankfurter Straße in den Kurpark mit der Chance, den nördlichen Teil des Kurparks zu stärken. Nach Auffassung von **Frau Schrooten** ist das geplante Dach noch zu entwickeln; die Materialauswahl sei mit den zuständigen Denkmalschutzbehörden abzustimmen.

**Bürgermeister Rehkämper** gibt anschließend den anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörern Gelegenheit, ihre Meinung zu dem Vorhaben zu äußern und Fragen zu stellen.

**Frau Küperkoch** möchte wissen, in welchem Eigentum die betreffenden Flächen stehen und ob die Sparkasse mit den Planungen einverstanden ist. Auch **Herr Dencke** erkundigt sich, ob bereits mit dem Sparkassenvorstand gesprochen worden sei. **Bürgermeister Rehkämper** führt aus, dass die Flächen westlich und nördlich des Kurmittelhauses im Eigentum der Kurverwaltung Bad Rothenfelde GmbH (100 %-ige Tochterfirma der Gemeinde) stehen. Das Grundstück der Sparkasse samt des dazugehörigen Parkplatzes steht im Eigentum der Sparkasse Osnabrück. Nach dem geltenden Bebauungsplan bestehe die Möglichkeit, das vorhandene Sparkassengebäude auf der gesamten Grundfläche noch um 1 ½ Geschosse aufzustocken. Der Anstoß zu einem Neubau der Sparkasse sei daher von der Gemeinde gekommen. Die Geschäftsführer der Klinik im Kurpark haben daraufhin Gespräche mit dem Vorstand der Sparkasse Osnabrück aufgenommen. Von dort liegt noch keine abschließende Entscheidung zu einem Abbruch des bestehenden Gebäudes sowie zu einem Neubau vor.

**Herr Wilken** möchte die Fläche südlich der Sparkasse mitsamt des Baumbestandes (große Buchen) als Kurpark erhalten und keiner Bebauung zuführen. Nach seiner Auffassung muss die Klinik im Kurpark mit ihren derzeitigen Flächen auskommen.

**Frau Kroos** erkundigt sich, ob das neu geplante Therapiezentrum, das im Untergeschoss im Bereich des Innenhofes geplant ist, auch künftig von Einheimischen in Anspruch genommen werden kann. **Bürgermeister Rehkämper** führt aus, dass das Therapieangebot z. Zt. zu ca. 40 % von Klinikpatienten und zu ca. 60 % von ambulanten Patienten (z. B. Einwohnern aus Bad Rothenfelde und Nachbarorten sowie Kurgästen) genutzt wird. Das solle sich auch nach einem Neubau nicht ändern.

**Herr Erdtmann** kritisiert, dass durch den derzeitigen Ausbau der Frankfurter Straße bewusst mehr Platz für Begegnungsverkehr geschaffen wurde, der durch das geplante Vorhaben wieder eingeengt werde. **Bürgermeister Rehkämper** erläutert, dass auf eine Bebauung des Vorplatzes der carpesol SpaTherme bewusst verzichtet werden soll, um den gut gelungenen Platzcharakter dort aufrecht zu erhalten.

Herr **Lukas Temme** möchte wissen, ob der bestehende Haupteingang an der Hanoverschen Straßen erhalten bleiben soll. Dazu führt Herr Krogmann aus, dass der bestehende Eingang künftig noch als Personaleingang genutzt werden soll. Die Gäste, die mit Klinikbussen anreisen, sollen künftig den neu geplanten Haupteingang an der Frankfurter Straße nutzen.

**Herr Lipskoch** kann den Wunsch der Klinik nach einer Erweiterung um 100 Betten nachvollziehen. Die Aufgabe von Kurparkflächen sei dafür aus seiner Sicht allerdings nicht möglich. Er möchte wissen, wie viele Gäste des Ortes wegen des geplanten Bauvorhabens künftig fernbleiben. **Bürgermeister Rehkämper** ist der Auffassung, dass trotz einer gefühlten Beeinträchtigung des Ortsbildes durch Großbaustellen die Anzahl der Tagesbesucher nicht rückläufig sei. Konkretere Ermittlungen müssten ggf. durch die Gemeinde erfolgen.

Herr **Jan Schomborg** berichtet, dass er die Klinikabläufe aufgrund seiner vorherigen Tätigkeit als Zivildienstleistender kenne. Problematisch sei vor allem der An- und Abreiseverkehr der Patienten. Er möchte wissen, wie diese Problematik im Falle einer Verlegung des Haupteinganges an die Frankfurter Straße geklärt werde und ob dort der Neubau eines Parkplatzes vorgesehen sei. **Herr Kruthaup** erläutert, dass ein Großteil der Patienten mit Klinikbussen abgeholt wird. Dieser Personenkreis soll künftig den neuen Haupteingang nutzen. Die Klinikbusse fahren dort lediglich zum Ein- und Aussteigen vor; ein Parkplatz sei nicht vorgesehen. Die selbst anreisenden Klinikpatienten sollen weiterhin den jetzigen Eingang an der Hannoverschen Straße nutzen. Zur Unterbringung des ruhenden Verkehrs habe die Klinik im Kurpark angeboten, auf eigene Kosten ein Parkdeck mit ca. 90 Stellplätzen auf dem Freibadparkplatz zu errichten.

**Herr Nicodemus** weist darauf hin, dass im Falle der geplanten Klinikerweiterung künftig wiederum keine Erweiterungsmöglichkeiten bestehen. Dazu führt **Herr Kruthaup** aus, dass weitere Expansionen nicht mehr zu handhaben wären und daher nicht vorgesehen sind. Er ergänzt, dass seitens der Klinik im Kurpark nicht vorgesehen sei, das Kurmittelhaus zu kaufen, sondern lediglich weitere Räumlichkeiten zu pachten. Die Flächen für den geplanten Neubau sollen im Wege eines Erbbaurechtsvertrages erworben werden, so dass auch hier die Kurverwaltung Eigentümerin bleibt. Im Gegenzug plane die Klinik im Kurpark, die Kosten für den Neubau der Kurmittelhaus-Therapie zu übernehmen. Auch hier bleibe das Eigentum bei der Kurmittelhaus-Therapie-GmbH („Enkelfirma“ der Gemeinde). **Herr Kruthaup** betont, dass die Anwendungen auch in den neu geplanten Räumen weiterhin für Einheimische zur Verfügung stehen sollen.

**Herr Patterson** steht den vorgestellten Planungen aufgeschlossen gegenüber und kann den von der Klinik festgestellten Instandsetzungsbedarf durchaus nachvollziehen. Das Erfordernis von Erweiterungsflächen spreche überdies für die Klinik. Er regt an, ein Modell zu fertigen und die Pläne öffentlich auszulegen um weitere Meinungen einzuholen.

Von **Herrn Osterkamp** wird erfragt, ob ein Umzug der Gemeindeverwaltung in den Westfälischen Hof geplant ist um der Klinik im Kurpark weitere Räumlichkeiten im Kurmittelhaus zur Verfügung stellen zu können. Dazu führt **Bürgermeister Rehkämper** aus, dass die Gemeindeverwaltung im Laufe der vergangenen Jahre Räumlichkeiten sowohl für die Kurmittelhaus-Therapie GmbH wie auch für die Klinik im Kurpark GmbH abgegeben habe. Daher würde ein Umzug der Gemeindeverwaltung in den Westfälischen Hof dem eigenen Raumbedarf Rechnung tragen. Die dann frei werdenden Räume im Kurmittelhaus (ca. 800 m<sup>2</sup>) sollen - auch aus Fürsorgepflicht (Beschaffenheit des derzeitigen Sozialraumes) - zu einem Großteil von der Kurmittelhaus-Therapie übernommen werden (Westeckturn). Die dann noch frei werdenden Flächen im Ostflügel sowie im Osteckturn könnten von der Klinik im Kurpark

übernommen werden. Für die geplante Erweiterung reichen diese Flächen jedoch nicht aus.

**Herr Isbrandt** sieht in den Planungen einen „städtebaulichen SuperGAU“. Die Planungen sind s. E. keineswegs kurortverträglich und wirken „wie ein Bunker“. Er habe bezüglich des geplanten Abbruchs und Neubaus der Sparkasse Kontakt mit Vertretern der Sparkasse Osnabrück gehabt und die Antwort erhalten: „Enteignen können die uns auch nicht“. Er vergleicht den geplanten viergeschossigen Neubau der Kurklinik mit einer „Kur auf dem Neumarkt“. Die Aussage von Herrn Kruthaup, dass in der Zukunft keine Klinikerweiterung mehr geplant ist, kann er nicht glauben. Eine solche werde dann möglicherweise auf dem Grundstück des Freibades geplant, mutmaßt **Herr Isbrandt**.

**Herr Möllers** ist nach eigenen Angaben wohnhaft „Frankfurter Straße 6 A“ und war erfreut über den verkehrsberuhigten Ausbau der Frankfurter Straße. Jetzt sei - vor allem durch den Suchverkehr der Verkehrsteilnehmer - ein Chaos entstanden, das sich nach seinen Befürchtungen im Falle einer Verlagerung des Haupteinganges der Klinik an die Frankfurter Straße noch verschlimmern könnte. Des Weiteren möchte er wissen, auf welcher Fläche die Fußgänger (Rollatoren!) bleiben. **Bürgermeister Rehkämper** weist darauf hin, dass Verkehrsverstöße geahndet werden müssen um die derzeitige Situation zu verbessern. Z. Zt. fehle noch die Möblierung der Straße. Ruhebänke und Abfalleimer sollen so am Straßenrand positioniert werden, dass hier ein unberechtigtes Parken nicht mehr möglich ist.

Frau **Inge Temme** empfindet die Planungen zur Klinikerweiterung als gelungen. Andererseits befürchtet sie Beschädigungen der neu ausgebauten Frankfurter Straße durch Baufahrzeuge und äußert ihr Mitleid mit den dortigen Gewerbetreibenden im Falle einer weiteren Großbaustelle. **Bürgermeister Rehkämper** hat wegen des entstehenden weiteren Baustellenverkehrs bereits mit seinem zuständigen Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung gesprochen. Dieser habe mitgeteilt, dass die neu ausgebaute Straße auf Schwerverkehr ausgelegt sei. Des Weiteren müsse man sich bemühen, die Beeinträchtigungen der umliegenden Gewerbebetriebe so gering wie möglich zu halten.

**Frau Wortmann (Haus Noltmann-Peters)** möchte wissen, wie sich das „Medical-Wellness-Angebot“ darstellt, das i. E. üblicherweise nicht in Kliniken angeboten wird. **Herr Kruthaup** berichtet, dass hier ein Angebot für Selbstzahler geschaffen werden soll, die medizinische/therapeutische Anwendungen in Anspruch nehmen möchten. Oftmals handele es sich um ehemaligen Patienten der Klinik im Kurpark, die „als Rückkehrer“ auf eigene Kosten Gesundheitsprävention wahrnehmen möchten. Z. Zt. erkundigen sich rd. 30 % der Patienten nach einem solchen Angebot; die Nachfrage kann momentan nicht bedient werden. Angestrebt sei, die geplante Klinik zu 50 % mit Reha-Patienten und zu 50 % mit „Rückkehrern“ (Medical-Wellness-Gästen) auszulasten. **Frau Wortmann** weist darauf hin, dass die Beherberung der Medical-Wellness-Gäste umsatzsteuerpflichtig ist.

**Frau Pfeiffer** berichtet, dass sie nicht in Bad Rothenfelde wohnhaft ist. Als häufiger Gast kritisiert sie den geplanten, i. E. massiven Erweiterungsbau der Klinik im Kurpark und regt des Weiteren an, die Sparkasse im Westfälischen Hof anzusiedeln.

**Herr Higgens (?)** spricht sich gegen die geplante Klinikerverweiterung aus und möchte wissen, ob die Höhe der Pacht der Klinik im Kurpark bei Übernahme weiterer Räume im Kurmittelhaus dem Pachtzins der Gemeinde bei einem Umzug in den Westfälischen Hof entspricht. Dazu führt Bürgermeister Rehkämper aus, dass die Gemeinde z. Zt. einen Betrag von rd. 55.000 €/Jahr an ihre Tochterfirma, die Kurverwaltung Bad Rothenfelde GmbH zahlt. Herr Hasselmann habe sich verpflichtet, den gleichen Betrag bei einer Übernahme der Räume zu zahlen. Sofern die Gemeindeverwaltung in den Westfälischen Hof umziehe (Miete oder Teileigentum), so gebe es einen höheren Flächenbedarf. Bei Zahlung einer ortsüblichen Miete bzw. eines ortsüblichen Kaufpreises kalkuliere die Gemeinde z. Zt. Mehrkosten in Höhe von ca. 100.000 €/Jahr. Dieser Betrag müsse auch mittelfristig verlässlich finanzierbar sein.

Herr **Dieter Janböke** berichtet von seinen Erfahrungen als Kutscher am Neuen Gradierwerk, dass die Klinik im Kurpark einen sehr guten Ruf bei ihren Patienten habe. Die bestehende An- und Abreisensituation sei allerdings katastrophal und nicht verkehrssicher.

**Herr Mehlers** ist der Auffassung, dass zunächst die Grundsatzfrage geklärt werden soll, ob im Bereich des Kurparks westlich des Kurmittelhauses eine Klinikerverweiterung vorgenommen werden soll. Danach könne man weiter debattieren. Die riesigen Baustellen und die neuen großen Gebäude erinnern ihn an „Häuserschluchten von Manhattan“.

**Frau Müller** befürchtet, dass auch durch die neu geplante Eingangssituation die Verkehrssituation der Hannoverschen Straße nicht verbessert werde. Die Anreise der Selbstfahrer mit dem Abstellen der Fahrzeuge auf dem geplanten Parkdeck wie auch die An- und Abreise der Gäste mit Klinikbussen müsse gut organisiert werden und verursache zusätzlichen Verkehr. Der Umweltaspekt darf nach Meinung von **Frau Müller** nicht außen vor gelassen werden. **Herr Kruthaup** errechnet, dass nach der Klinikerverweiterung 315 Betten bestehen; der durchschnittliche Aufenthalt betrage drei Wochen. Pro Woche fallen damit durchschnittlich 105 Patienten pro Woche mit An- und Abreisen an. Insgesamt rechnet er mit werktäglich 5 - 6 An- und Abreisen per Klinikbus, die über die Frankfurter Straße abgewickelt würden. Der durch das Personal verursachte Verkehr, die Anlieferung und Entsorgung sowie die An- und Abreisen der Selbstfahrer sollen weiterhin über den bestehenden Eingang an der Hannoverschen Straße abgewickelt werden.

Von **Frau Moll** wird festgestellt, dass die Gästezahlen bei den Privatunterkünften rückläufig sind. Sie erkundigt sich, ob Angehörige der Klinikpatienten in Privatunterkünften oder in der Klinik im Kurpark untergebracht werden und im letzteren Fall auch Kurbeitrag bezahlen. Herr Kruthaup berichtet, dass mitreisende Angehörige in Privatunterkünften übernachten können. Dieses Angebot halte aber auch die Klinik im Kurpark vor. Ein Kurbeitrag werde gezahlt.

**Frau Grawe** erkundigt sich nach dem weiteren Procedere - insbesondere ob ein Bürgerbegehren initiiert werden soll. **Bürgermeister Rehkämper** entgegnet, dass im Vorfeld auch eine Bürgerbefragung denkbar sei.

**Herr Berger** möchte wissen, ob die Sparkasse den Planungen bereits zugestimmt habe. Dies werde s. E. in der Präsentation so dargestellt. **Bürgermeister Rehkämper** teilt mit, dass eine verbindliche Aussage des Vorstands der Sparkasse Osnab-

rück in diesem frühen Stadium noch nicht vorliegt. Bewusst sei vorher die Öffentlichkeit durch die Einwohnerversammlung einbezogen werden. Herr Kruthaup ergänzt, dass der Sparkassenvorstand die Planungen nicht abgelehnt habe. Alternativ könne seitens der Sparkasse auch das bestehende Gebäude um 1 ½ Geschosse aufgestockt werden. Seitens der Sparkasse werde vor einer Entscheidung zunächst das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit abgewartet.

**Herr Wilkes** zeigt Verständnis für die Planungen der Klinik im Kurpark, die s. E. zwar attraktiv sei, aber als geschlossener Baukörper „über Eck“ sehr monströs wirke. Nach seinem Empfinden füge sich das Bauvorhaben städtebaulich aufgrund seines Ausmaßes und der geplanten Längen nicht in die gegenüber liegende heterogene und kleinteiligere Bebauung ein. Des Weiteren befürchtet er durch das Bauvorhaben eine Verkehrszunahme auf der gerade verkehrsberuhigt ausgebauten Frankfurter Straße.

**Stephan Peters** regt an, die heute vorgestellten Pläne öffentlich auszulegen, damit sich die Bürger dazu äußern können. Des Weiteren schlägt er vor, die Pläne auf der gemeindlichen Homepage zum Download anzubieten.

Nach Meinung von **Onat Temme** sind Angebote im Gesundheitsbereich durchaus schnelllebig. Sie verweist auf das Beispiel der Gesundheitsreform, die vor einigen Jahren ihre Auswirkungen gezeigt hat. Bei einer späteren Krise im Gesundheitswesen dürfen i. E. keine Risiken eingegangen werden. Auch in der Zukunft dürfen hier keine Arbeitsplätze gefährdet werden.

**Herr Fülles** berichtet von seinem Zuzug aus der Stadt Telgte. Bei einem größeren öffentlichen Bauvorhaben sei dort ein Planungsbeirat gegründet worden, bestehend aus Planern, Bauherren und Bürgern. An einer Ausschreibung haben sich mehrere Architekten beteiligt. Nach Aushang der verschiedenen Alternativen im Rathaus sei die Bürgermeinung in die Entscheidung eingeflossen.

Nach Meinung von **Herrn Oberstadt** ist die Anpassung und Sanierung von Reha-Kliniken an die Patientenbedürfnisse von großer Wichtigkeit. Das geplante Medical-Wellness-Angebot sei hingegen an Selbstzahler gerichtet. Er gibt zu bedenken, dass diese durch das Bauvorhaben aus privaten Beherbergungsbetrieben abgezogen werden könnten.

**Herr Nicodemus** möchte wissen, welche Konsequenzen im Falle einer Ablehnung der Klinikerweiterung zu erwarten sind - insbesondere ob in diesem Fall ein Abwandern der Klinik zu befürchten ist. Darüber sei zu gegebener Zeit zu entscheiden, entgegen **Herr Kruthaup**.

**Herr Osterkamp** regt an, in den leerstehenden Räumlichkeiten des ehemaligen Dissener Krankenhauses eine interkommunale Lösung zu finden. Dieser Vorschlag stellt nach Aussage von **Herrn Kruthaup** keine für die Klinik im Kurpark geeignete Alternative dar.

Abschließend bedankt sich **Bürgermeister Rehkämper** für die rege Beteiligung und die zahlreichen Wortbeiträge und fasst das weitere Vorgehen wie folgt zusammen:

- Einstellung dieser Niederschrift sowie der Präsentation ins Internet
- Auf Anforderung Versand der v. g. Unterlagen in Papierform

- Ausstellung des Modells
- zunächst Klärung der Grundsatzfrage, ob eine Klinikerweiterung an der beantragten Stelle (Kurpark) vorgenommen werden soll
- weitere Einwohnerversammlung, ggf. Bürgerbefragung
- Parallel weitere Verhandlungen der Gemeinde mit der Klinik im Kurpark mit dem Ziel, Alternativen aufzuzeigen

Auf Anfrage von **Herrn Isbrandt** sagt **Bürgermeister Rehkämper** zu, bei dieser sensiblen Angelegenheit dem Gemeinderat eine Bürgerbefragung vorzuschlagen, um das Votum der gesamten Bürgerschaft herbeizuführen.

Die Einwohnerversammlung wird um 21:20 Uhr von Bürgermeister Rehkämper beendet.

Iris Seydel  
Allgemeine Vertreterin des Bürgermeisters  
- zugleich Protokollführerin -

- 2.) Bürgermeister Rehkämper zur Kenntnis
  - 3.) Kopie an GF der Klinik im Kurpark
  - 4.) Kopie an Architekturbüro Krogmann
  - 5.) als Download samt Präsentation auf die gemeindliche Homepage
- 25.05.16 / h.*